

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Rat - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 16.12.2025
Raum: Dorfkrug Delfhausen, Delfshauser Str. 141, 26180 Rastede
Sitzungsbeginn: 16:02 Uhr
Sitzungsende: 20:35 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ratsvorsitzender

Herr Thorsten Bohmann CDU

ordentliche Mitglieder

Herr Dieter Ahlers CDU

Herr Michael Fierkens CDU

Frau Sylke Heilker CDU

Herr Tim Kammer CDU

Herr stv. BM Kai Küpperbusch CDU

Frau Susanne Lamers CDU

Herr Hendrik Lehners CDU

Herr Thorsten Menke CDU

Herr Wolfgang Salhofen CDU

Herr Alexander von Essen CDU

Herr Dierk von Essen CDU

Frau Anne Brandt SPD

Herr Benjamin Dau SPD

Herr Dennis Eike SPD

Frau Silvia Heinemann SPD

Frau Kerstin Icken SPD

Herr Wilhelm Janßen SPD

Herr Bürgermeister Lars Krause SPD

Herr Malte Pauels SPD

Frau Monika Sager-Gertje SPD

Herr stv. BM Horst Segebade SPD

Herr Tobias zum Buttel SPD

Frau Dr. Sabine Eyting B90/Grüne

Herr Jan Hoffmann B90/Grüne

Herr Max Kunze B90/Grüne

Frau Birgit Rowold B90/Grüne

Herr Andreas Rump B90/Grüne

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Herr Carsten Helms FDP

Herr Christian Meyer-Hullmann FDP

Niederschrift

Herr Dirk Bakenhus	UWG
Herr Jens Brünink	UWG
Herr Timo Merten	parteilos

Ehrenratsmitglieder

Herr Hans-Gerold Finkeisen	CDU
Herr Rüdiger Kramer	SPD
Herr Gerd Langhorst	B90/Grüne
Herr Dieter von Essen	CDU

Verwaltung

Herr Dr. Stephan Meyn	
Frau Anke Wilken	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Ralf Kobbe	Protokoll
Herr Marcel Stölting	Technik
Herr Finn Söhnel	Technik

Gäste

Herr Frank Jacob von der Nordwest-Zeitung
Frau Britta Lübbbers von der Rasteder Rundschau
TV-Team des Senders Oeins
sowie 34 weitere Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Herr Levent Süre	SPD
------------------	-----

Ehrenratsmitglieder

Frau Marianne von Essen	CDU
-------------------------	-----

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 30.06.2025
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Widmung eines externen Trauzimmers
Vorlage: 2025/185
- 6 Kommunalwahl 2026 - Wahlbereiche
Vorlage: 2025/124
- 7 Direktwahl der Hauptverwaltungsbeamtin / des Hauptverwaltungsbeamten
2026 - Festlegung Wahltag
Vorlage: 2025/125
- 8 Vertreter/in in der Gesellschafterversammlung der Sozialstation Ammerland
Wesermarsch GmbH
Vorlage: 2025/178
- 9 Berufung eines stimmberechtigten Mitgliedes in den Schulausschuss
Vorlage: 2025/164
- 10 Einrichtung einer ständigen Vertretung des Seniorenbeirates im Ausschuss für
Gemeindeentwicklung und Bauen
Vorlage: 2025/229
- 11 Einrichtung einer ständigen Vertretung des Gemeindeelternrates im
Ausschuss für Generationen, Gleichstellung und Soziales - Antrag Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 2025/172
- 12 Neufassung der Verwaltungskostensatzung
Vorlage: 2025/084A
- 13 Neufassung Abwasserbeseitigungssatzung
Vorlage: 2025/118
- 14 Mitgliedschaft in der AG fahrradfreundlicher Kommunen (AGFK) - Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 2025/156

- 15 Kommunale Wärmeplanung 2025
Vorlage: 2025/171
- 16 Sanierung Hallenbad - Beantragung von Fördermitteln über das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“
Vorlage: 2025/225
- 17 Rathausweiterung - Kauf der Immobilie Oldenburger Str. 259
Vorlage: 2025/196A
- 18 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 63E "Wahnbek - Hohe Brink"
Vorlage: 2025/145
- 19 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 24 - Solarpark Grüner Weg - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 2025/140B
- 20 Festsetzung der Verkaufspreise für das Baugebiet „Im Göhlen“ - V. + VI.
Bauabschnitt
Vorlage: 2025/177
- 21 Bundeszuschuss für investive Kulturmaßnahmen - Umsetzung Turnierplatz
Vorlage: 2025/208
- 22 Kostenrechnende Einrichtung Wochenmarkt - Festsetzung Gebührensatz 2026
Vorlage: 2025/200
- 23 Kostenrechnende Einrichtung Straßenreinigung - Festsetzung Gebührensatz 2026
Vorlage: 2025/201
- 24 Kostenrechnende Einrichtung Niederschlagswasserbeseitigung - Festsetzung Gebührensatz 2026
Vorlage: 2025/202
- 25 Kostenrechnende Einrichtung zentrale Schmutzwasserbeseitigung - Festsetzung Gebührensatz 2026
Vorlage: 2025/203
- 26 Kostenrechnende Einrichtung dezentrale Schmutzwasserbeseitigung - Festsetzung Gebührensätze 2026
Vorlage: 2025/204
- 27 Öffentliche Einrichtungen Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung - Gebührensätze 2026
Vorlage: 2025/205
- 28 Satzung über die Erhebung einer Spielgerätesteuer
Vorlage: 2025/218

- 29 PC-Ausstattung für Ratsmitglieder - Antrag der FDP-Fraktion
Vorlage: 2025/199
- 30 Haushalt 2026 - Moratorium Baumaßnahme Kiga Loy - Antrag Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 2025/223
- 31 Haushalt 2026 - Haushaltssatzung und Haushaltsplan
Vorlage: 2025/157B
- 32 Bericht des Bürgermeisters
- 33 Anfragen und Hinweise
- 34 Einwohnerfragestunde
- 35 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ratsvorsitzende Herr Bohmann eröffnet die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 16:02 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ratsvorsitzende Herr Bohmann stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 34 stimmberechtigte Mitglieder.

Der Rat beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 30.06.2025

Der Rat beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates vom 30.06.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Einwohnerfragestunde

Der Ratsvorsitzende Herr Bohmann weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an den Bürgermeister zu richten. Es folgen einige Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern, die vom Bürgermeister beantwortet werden. Folgende Anliegen werden inhaltlich thematisiert:

- Ständige Vertretung im Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Bauen
- Genehmigungsverfahren für den Windpark Delfshausen
- Ortsbild Rastede / Geschosswohnungsbau
- Erweiterung Rossmann Rastede / Parkplatzsituation
- Ansiedlung eines Verbrauchermarkts an der Kleibroker Straße
- Deckung des Rasteder Strombedarfs durch erneuerbare Energien
- Solarpark Grüner Weg

Tagesordnungspunkt 5

Widmung eines externen Trauzimmers

Vorlage: 2025/185

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Die Räume im „Mühlenhof“ des Heimatvereins Rastede e.V. in Rastede, Im Kühlen Grunde 5, werden als externes Trauzimmer (Diensträume des Standesamtes für die Vornahme standesamtlicher Eheschließungen) der Gemeinde Rastede befristet bis zum 31.12.2028 gewidmet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 6

Kommunalwahl 2026 - Wahlbereiche

Vorlage: 2025/124

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Die Gemeinde Rastede bildet für die Kommunalwahl 2026 einen Wahlbereich.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 7

Direktwahl der Hauptverwaltungsbeamtin / des Hauptverwaltungsbeamten 2026

- Festlegung Wahltag

Vorlage: 2025/125

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Die Direktwahl der Hauptverwaltungsbeamtin / des Hauptverwaltungsbeamten wird zeitgleich mit den kommunalen allgemeinen Neuwahlen am 13. September 2026 durchgeführt. Eine evtl. erforderliche Stichwahl findet am 27. September 2026 statt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 8

Vertreter/in in der Gesellschafterversammlung der Sozialstation Ammerland Wesermarsch GmbH
Vorlage: 2025/178

Sitzungsverlauf:

Bürgermeister Krause erläutert, dass der Rat der Gemeinde Rastede in die Gesellschafterversammlung der Sozialstation Ammerland Wesermarsch gGmbH einen Vertreter entsandt hat. Bislang war in dieses Gremium Herr Erster Gemeinderat Günther Henkel entsandt, dessen Amtszeit am 31.12.2025 endet, sodass in der heutigen Ratssitzung ein neuer Vertreter zu wählen ist.

Bürgermeister Krause schlägt als Vertreter Herrn Dr. Stephan Meyn (designierter Erster Gemeinderat) vor.

Da nur ein Vorschlag genannt ist und niemand widerspricht, wird durch Zuruf gewählt. Der Ratsvorsitzende Herr Bohmann stellt nach der Auszählung folgendes Wahlergebnis fest:

- abgegebene Stimmen: 34
- gültige Stimmen: 34
- Stimmen für Herrn Dr. Meyn: 34

Herr Bohmann stellt fest, dass Herr Dr. Stephan Meyn als Vertreter der Gemeinde Rastede in die Gesellschafterversammlung der Sozialstation Ammerland Wesermarsch gGmbH entsandt wird.

Herr Dr. Meyn erklärt, dass er die Wahl annimmt.

Tagesordnungspunkt 9

Berufung eines stimmberechtigten Mitgliedes in den Schulausschuss
Vorlage: 2025/164

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Frau Eva Klatt, wohnhaft in Wiefelstede, wird als Schülervertreterin in den Schulausschuss berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 10

Einrichtung einer ständigen Vertretung des Seniorenbeirates im Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Bauen

Vorlage: 2025/229

Sitzungsverlauf:

Frau Dr. Eyting gibt hinsichtlich der Tagesordnungspunkte 10 und 11 der heutigen Ratssitzung zu verstehen, dass sie nicht die Auffassung vertritt, dass grundsätzlich nur zu Beginn einer Wahlperiode über die Zusammensetzung der Fachausschüsse entschieden werden sollte, sondern auch im Verlauf der jeweiligen Ratsperiode, sodass sie keinen Grund erkennen kann, warum die Entscheidung auf die konstituierende Sitzung im kommenden Jahr verschoben werden sollte. Im weiteren Verlauf weist sie noch einmal auf die Argumente für die zu Beginn der Wahlperiode ablehnende Haltung zu weiteren beratenden Mitgliedern sowie die Beweggründe für das nunmehr vorherrschende anderslautende Meinungsbild hin. Vor diesem Hintergrund beantragt sie, die Einrichtung einer ständigen, beratenden Vertretung des Seniorenbeirates Rastede im Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Bauen zu beschließen.

Herr Salhofen zeigt sich erfreut über das veränderte Meinungsbild der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und signalisiert für die CDU-Fraktion Zustimmung zum vorliegenden mündlich formulierten Antrag.

Frau Sager-Gertje zeigt sich irritiert über das beantragte Vorgehen, zumal fraktionsübergreifend im Vorfeld die Thematik anders besprochen wurde, sodass sie den kurzfristigen Änderungsantrag als unglücklich und nicht kollegial empfindet. Sie spricht sich dafür aus, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu folgen und über die Zusammensetzung der Ratsgremien mitsamt möglichen beratenden Sitzen in den Fachausschüssen in einem Gesamtpaket zu Beginn der neuen Wahlperiode zu beraten und zu entscheiden.

Herr Helms und Herr Bakenhus betonen unter anderem, dass sie den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als gelebte und direkte Demokratie ansehen und eine sofortige Mitwirkung des Seniorenbeirats im Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Bauen befürworten.

Sodann lässt der Ratsvorsitzende Herr Bohmann über den Änderungsantrag von Frau Dr. Eyting abstimmen.

Beschluss:

Die Einrichtung einer ständigen, beratenden Vertretung des Seniorenbeirates Rastede im Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Bauen wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 23

Nein-Stimmen: 11

Enthaltung:

Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 1

**Einrichtung einer ständigen Vertretung des Gemeindeelternrates im
Ausschuss für Generationen, Gleichstellung und Soziales - Antrag Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 2025/172**

Sitzungsverlauf:

Herr Rump stellt eingangs noch einmal den Antrag (Anlage 1 zur Vorlage) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kurz vor, und weist darauf hin, dass nicht nur den Senioren, sondern auch den Jüngsten in der Gesellschaft durch ihre Eltern im entsprechendem Fachausschuss Gehör verschafft werden sollte. Zudem konnte gerade bei der Neufassung der Elternbeiträge für die Kindertagesstätten erlebt werden, wie zielführend und konstruktiv ein gemeinsamer Austausch ist. Vor diesem Hintergrund stellt er den Antrag, die Einrichtung einer ständigen, beratenden Vertretung des Rasteder Gemeindeelternrates Kindertagesstätten im Ausschuss für Generationen, Gleichstellung und Soziales zu beschließen.

Es erfolgt keine weitere Wortmeldung.

Beschluss:

Die Einrichtung einer ständigen, beratenden Vertretung des Rasteder Gemeindeelternrates Kindertagesstätten im Ausschuss für Generationen, Gleichstellung und Soziales wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	23
Nein-Stimmen:	11
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 12

Neufassung der Verwaltungskostensatzung
Vorlage: 2025/084A

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Die Satzung der Gemeinde Rastede über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung) wird gemäß der Anlage 1 zu dieser Beschlussvorlage beschlossen.

Gleichzeitig tritt die Satzung über Verwaltungskosten der Gemeinde Rastede vom 10.12.2001 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	34
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 13

Neufassung Abwasserbeseitigungssatzung
Vorlage: 2025/118

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Die Neufassung der Abwasserbeseitigungssatzung der Gemeinde Rastede wird gemäß der Anlage 1 zu dieser Vorlage beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	34
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 14

Mitgliedschaft in der AG fahrradfreundlicher Kommunen (AGFK) - Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Vorlage: 2025/156

Sitzungsverlauf:

Frau Heilker führt analog zu ihren Ausführungen im Ausschuss für Klima- und Umweltausschuss aus, dass sich die CDU-Fraktion gegen eine Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen (AGFK) ausspricht, da die bereits bestehenden Mitgliedschaften wie zum Beispiel im Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ aufgrund der zuletzt gestrichenen Haushaltsmittel kaum mit Leben erfüllt werden. Vor diesem Hintergrund hat auch eine Mitgliedschaft im AGFK keinen nennenswerten Mehrwert und der jährliche Mitgliedsbeitrag in Höhe von 1.500 Euro kann eingespart werden.

Herr Hoffmann unterstreicht, dass die Mitgliedschaft selbstverständlich mit Leben erfüllt werden muss, jedoch erste Kampagnen wie „Miteinander im Straßenverkehr“ bereits angeschoben wurden und auch das Mobilitätskonzept im Rahmen des Integrierten Klimaschutzkonzeptes noch erarbeitet werden muss, wofür die AGFK wertvolle Tipps und Hilfestellungen liefern kann.

Herr Brünink und Frau Sager-Gertje unterstützen die Antragsstellung und bemerken übereinstimmend, dass insbesondere beim innerörtlichen Fahrradverkehr noch „Luft nach oben“ ist und dort erhebliches Verbesserungspotenzial besteht, sodass mithilfe des AGFK Maßnahmen zur Verbesserung initiiert werden könnten.

Beschluss:

Die Gemeinde Rastede beantragt die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen Niedersachsen/Bremen e. V. (AGFK).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 22

Nein-Stimmen: 12

Enthaltung:

Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 15

Kommunale Wärmeplanung 2025
Vorlage: 2025/171

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Die Kommunale Wärmeplanung Rastede 2025 wird gemäß der Anlage zu dieser Vorlage beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	34
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 16

Sanierung Hallenbad - Beantragung von Fördermitteln über das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“

Vorlage: 2025/225

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Die Sanierung des Hallenbades wird gemäß der dargestellten Sach- und Rechtslage in die Haushalte 2026 und 2027 aufgenommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, Fördermittel über das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ zu beantragen.

Für die Beauftragung der für den Förderantrag notwendigen Planungskosten (Leistungsphasen 1 bis 2) werden aus dem Haushalt 2025 insgesamt 48.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 17

Rathauserweiterung - Kauf der Immobilie Oldenburger Str. 259
Vorlage: 2025/196A

Sitzungsverlauf:

Herr Dau nimmt an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Bürgermeister Krause weist darauf hin, dass der Kauf der ehemaligen OLB-Filiale für rund 1,8 Mio. Euro eine einmalige Gelegenheit darstellt, um im Ortskern ein modernes, barrierefreies Bürgerbüro einrichten zu können, was in den Kellerräumen auch das Gemeindearchiv aufnehmen könnte. Darüber hinaus könnte auf diesem Weg die Gemeindeverwaltung mit den beiden eng beieinanderliegenden Standorten wieder näher zusammenrücken und mittelfristig die Nutzung der Immobilien am Denkmalplatz und an der Baumgartenstraße aufgegeben werden.

Frau Sager-Gertje, Herr Alexander von Essen, Frau Dr. Eyting, Herr Helms und Herr Bakenhus danken der Verwaltung für die effiziente Verhandlungsführung und loben unisono den ideal gelegenen Standort, die Barrierefreiheit und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden der Verwaltung.

Beschluss:

1. Die Gemeinde erwirbt das Bürogebäude der Oldenburgischen Landesbank in der Oldenburger Straße 259 in Rastede.
2. Die Verwaltung wird damit beauftragt, organisatorische und bautechnische Maßnahmen zu ergreifen, um in der neuen Liegenschaft ein Bürgerbüro der Gemeinde zu realisieren. In die Konzeption sind die Möglichkeiten des flexiblen orts- und arbeitsplatzungebundenen Arbeitens miteinzubeziehen.
3. Ferner möge die Verwaltung prüfen und vorbereiten, die übrigen Außenstellen der Kernverwaltung (Denkmalplatz und Baumgartenstraße) freizugeben beziehungsweise für anderweitige Nutzungen zur Verfügung zu stellen.
4. Die Verwaltung möge hinsichtlich der künftigen Nutzung des Gebäudes prüfen, ob eine dauerhafte Unterbringung des Archivguts, das derzeit in den Nebengebäuden des Palais gelagert wird, ins Kellergeschoss überführt werden kann.
5. Einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.850.000 Euro für den Ankauf des Gebäudes Oldenburger Straße 259 wird gem. § 119 (5) NKomVG zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 33

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 18

1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 63E "Wahnbek - Hohe Brink"
Vorlage: 2025/145

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung und Bauen am 15.09.2025 berücksichtigt.
2. Von einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird gemäß § 13 Abs. 2 BauGB abgesehen.
3. Die 1. Änderung des Bebauungsplans 63 E mit Begründung sowie die örtlichen Bauvorschriften werden gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 19

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 24 - Solarpark Grüner Weg -

Aufstellungsbeschluss

Vorlage: 2025/140B

Sitzungsverlauf:

Herr Dr. Meyn erläutert anhand einiger Folien, dass die Gemeinde Rastede noch weit davon entfernt ist, sich selbst durch erneuerbare Energien zu versorgen, da nach aktuellen Zahlen aus 2024 lediglich etwas mehr als ein Drittel des jährlichen Strombedarfs von 75 bis 80 Millionen Kilowattstunden auf diesem Wege gedeckt wird. Dessen ungeachtet wird der Strombedarf mit dem vermehrten Einsatz von Wärmepumpen und der steigenden Anzahl an E-Fahrzeuge in den kommenden Jahren weiter steigen, sodass der Weg zur angestrebten bilanziellen Klimaneutralität noch recht lang ist. Vor diesem Hintergrund wirbt er dafür, in das Bauleitplanverfahren zu gehen, da ein Solarpark wie am Grünen Weg bis zu zwölf Millionen Kilowattstunden im Jahr erzeugen und damit einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leisten könnte.

Herr Brünink führt aus, dass die Gruppe UWG/Merten aufgrund der kumulativen Belastung des Ortsteils durch verschiedene Energieprojekte und dem Bau der geplanten A20 eine umfangreichere Bürgerbeteiligung mit einer zusätzlichen öffentlichen Dialogveranstaltung für erforderlich hält. Vor diesem Hintergrund beantragt er, zusätzlich zu dem bereits vorhandenen Beschlussvorschlag nachfolgende Punkte in den Beschluss mit aufzunehmen:

1. *Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung werden die Belange der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner besonders berücksichtigt. Hierzu soll die bestehende Vorbelastung des Ortsteils durch bereits vorhandene Energieinfrastruktur im Verfahren ausdrücklich geprüft und dargestellt werden. Ergänzend zur einmonatigen Auslegung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB führt die Gemeinde frühzeitig während der Auslegungsfrist mindestens eine öffentliche Informations- und Dialogveranstaltung durch. Der Projektierer wird zur fachlichen Erläuterung eingebunden.*
2. *Die Ergebnisse der ergänzenden Beteiligung fließen verbindlich in die weitere Abwägung ein. Der Rat stellt klar, dass mit der Einleitung des Verfahrens keine Vorfestlegung auf das Ergebnis verbunden ist.*

Herr Dr. Meyn führt aus, dass die Verwaltung empfiehlt dem Änderungsantrag nicht zu folgen, da das gesetzlich vorgeschriebene Verfahren bereits alle Möglichkeiten der Beteiligung beinhaltet und der formulierte Zusatz der Gruppe UWG/Merten nach erster Prüfung nicht rechtssicher erscheint.

Herr Lehnerns und Herr Kammer bekennen sich klar zur Energiewende, lehnen für die CDU-Fraktion das konkrete Vorhaben am Grünen Weg aber entschieden ab, da das Rasteder Moor bereits durch die geplante A20, diverse Umspannwerke und Erdkabel sowie verschiedene weitere Energieprojekte bereits massiv vorbelastet ist. Die Fraktion fordert, die Standortpotenzialstudie zeitnah zu überarbeiten und versiegelte Flächen wie Dächer und Parkplätze konsequenter zu nutzen, statt sensible

Moorflächen zu belegen. Dessen ungeachtet warnt Herr Kammer davor, die Glaubwürdigkeit der Politik zu verspielen, nachdem das Projekt im Verwaltungsausschuss (VA) bereits als „vom Tisch“ kommuniziert wurde.

Frau Sager-Gertje erinnert daran, dass das Integrierte Klimaschutzkonzept seinerzeit einvernehmlich beschlossen wurde und die Energiewende nicht nur aufgrund des Kriegs in der Ukraine massiv an Fahrt aufgenommen hat, um unter anderem auch von autokratisch geführten Regimen unabhängig zu werden. Zum Projekt am Grünen Weg bemerkt sie, dass das Thema in der Fraktion sehr ambivalent diskutiert wurde, da man grundsätzlich zwar zum Klimaschutzkonzept steht, aber auch die Sorgen der Bürger nachvollziehen kann. Vor diesem Hintergrund empfiehlt sie, jetzt zunächst erst einmal das umfassende, mehrstufige Verfahren nach dem Baugesetzbuch einzuleiten sowie weitere Fakten in Form von Gutachten einzuholen, um dann eine sorgsame Abwägung unter Berücksichtigung aller Stellungnahmen vornehmen zu können. Hinsichtlich des Änderungsantrags der Gruppe UWG/Merten signalisiert sie Ablehnung, da man rechtlich keine „verbindliche“ Berücksichtigung von Einwänden vorab versprechen kann. Bezuglich der nachfolgenden Abstimmung beantragt sie, die Abstimmung geheim durchzuführen.

Herr Hoffmann und Frau Dr. Eyting stellen für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fest, dass sich die Welt seit 2022 grundlegend verändert hat und auch die Rasteder Politik die Zeichen der Zeit erkennen muss, um die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern durch die Bereitstellung von ausreichend Raum für erneuerbare Energien zu erreichen. Im Übrigen bewerten sie den Impuls der Gruppe UWG/Merten positiv, der seitens der Fraktion mitgetragen werden kann. Zum bisherigen Verfahren mit der Diskussion um vorliegende Anträge / Anfragen bis hin zur Kommunikation aus dem Verwaltungsausschuss bemerkt Herr Hoffmann, dass hier ein klassisches Lehrbeispiel für ein kommunikatives Desaster vorliegt. Im weiteren Verlauf spricht sich Frau Dr. Eyting dafür aus, nicht nach „Bauchgefühl“ oder „Stimmung“ zu entscheiden, sondern das Verfahren einzuleiten, um erst einmal eine Faktenbasis durch weitere, erforderliche Gutachten zu erhalten.

Bürgermeister Krause weist darauf hin, dass anhand der eingangs gezeigten Folien deutlich geworden ist, dass die Gemeinde Rastede noch am Anfang der Energiewende steht und es daher nicht ausreichend ist, einige Dächer und Parkplätze zusätzlich mit Photovoltaikanlagen zu belegen. Er weist darauf hin, dass derzeit viele Projekte zu scheitern drohen, da es in der Region oftmals an Netzanschlussmöglichkeiten fehlt, was beim Vorhaben am Grünen Weg gegeben wäre. Vor diesem Hintergrund plädiert er dafür, dass gesetzlich vorgeschriebene Bauleitplanverfahren zu initiieren.

Herr Dau gibt zu verstehen, dass er die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger sehr gut nachvollziehen kann und aus seiner Sicht der Standort am Grünen Weg völlig ungeeignet für den geplanten Solarpark ist.

Im weiteren Verlauf der Diskussion werden von weiteren Rednern die Standpunkte der Fraktionen weiter verfestigt.

Sodann lässt der Ratsvorsitzende Herr Bohmann über den eingangs formulierten Änderungs-/Ergänzungsantrag der Gruppe UWG/Merten offen abstimmen.

Bei 8 Ja-Stimmen und 26 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den Antrag von Frau-Sager Gertje, über den Beschlussvorschlag der Verwaltung geheim abzustimmen.

Bei 26 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und einer Enthaltung wird der Antrag angenommen.

Der Ratsvorsitzende Herr Bohmann ernennt Frau Heinemann und Herrn Menke zu Stimmzählern.

Der Ratsvorsitzende Herr Bohmann lässt abschließend geheim über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

1. Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 24 – Solarpark Grüner Weg wird beschlossen.
2. Dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 24 – Solarpark Grüner Weg einschließlich Begründung wird zugestimmt.
3. Auf dieser Grundlage wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch in Form einer einmonatigen Auslegung sowie die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	19
Enthaltung:	3
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 20

Festsetzung der Verkaufspreise für das Baugebiet „Im Göhlen“ - V. + VI.

Bauabschnitt

Vorlage: 2025/177

Sitzungsverlauf:

Herr Hoffmann weist darauf hin, dass aktuell noch 13 Grundstücke aus den bisherigen Verkaufsabschnitten zur Vermarktung anstehen, sodass keine Notwendigkeit besteht, jetzt schon in die weitere Vermarktung zu gehen, zumal obendrein die Gefahr besteht, dass durch Baulücken ein Flickenteppich entsteht. Im Übrigen kritisiert er angesichts höherer Bodenrichtwerte in angrenzenden Nachbargebieten und tatsächlicher Marktpreise den vorgeschlagenen Verkaufspreis von 225 Euro pro Quadratmeter für die Einfamilienhausbebauung als zu niedrig, und beanstandet zudem, dass es bei den Verkaufsabschnitten keine Anreize für klimagerechtes Bauen mehr geben soll.

Herr Lehnert bemerkt, dass die CDU-Fraktion den Beschlussvorschlag als stimmig erachtet und der zuletzt stockende Grundstücksverkauf eher an den massiv gestiegenen Bau- und Finanzierungskosten festzumachen ist. Dessen ungeachtet hält er die zeitliche Staffelung der Vermarktung für angemessen, damit in naher Zukunft ausreichend neue Einfamilien-, Reihen- und Mehrfamilienhäuser entstehen können, um den angespannten Wohnungsmarkt auch durch dann frei werdende Altimmobilien in der Gemeinde Rastede zu entlasten und nicht durch eine weitere Verknappung genau das Gegenteil zu erreichen.

Beschluss:

1. V. Bauabschnitt

Der Verkaufspreis für das Baugebiet „Im Göhlen“ (V. Bauabschnitt) wird wie folgt festgesetzt:

- a) WA2 (zweigeschossige Bauweise): 275,00 Euro/m²
- b) WA3 (eingeschossige Bauweise): 225,00 Euro/m²

Der im Verkaufspreis enthaltene Ablösungsbetrag für den Anteil des Erschließungsbeitrages nach der Erschließungsbeitragssatzung beträgt:

- a) Erschließungsbeitrag 51,21 Euro/m² (WA2)
- b) Erschließungsbeitrag 42,68 Euro/m² (WA3)

Die ebenfalls im Verkaufspreis enthaltenen Abwasserbeiträge betragen entsprechend der Abwasserbeitragssatzung:

- | | |
|-------------------------|--------------------------------|
| a) Schmutzwasserbereich | 5,34 Euro/m ² (WA2) |
| b) Schmutzwasserbereich | 3,34 Euro/m ² (WA3) |

- | | |
|-----------------------|--------------------------------|
| a) Regenwasserbereich | 1,59 Euro/m ² (WA2) |
| b) Regenwasserbereich | 1,00 Euro/m ² (WA3) |

Die Kosten für die Hausanschlusschäfte sind im Gesamtpreis ebenfalls enthalten.

2. VI. Bauabschnitt

Der Verkaufspreis für das Baugebiet „Im Göhlen“ (VI. Bauabschnitt) wird wie folgt festgesetzt:

- | | |
|------------------------------------|----------------------------|
| a) WA1 (Mehrfamilienhaus): | 315,00 Euro/m ² |
| b) WA2 (zweigeschossige Bauweise): | 275,00 Euro/m ² |
| c) WA3 (eingeschossige Bauweise): | 225,00 Euro/m ² |
| d) WA4 (eingeschossige Bauweise): | 225,00 Euro/m ² |
| e) WA5 (zweigeschossige Bauweise): | 275,00 Euro/m ² |

Der im Verkaufspreis enthaltene Ablösungsbetrag für den Anteil des Erschließungsbeitrages nach der Erschließungsbeitragssatzung beträgt:

- | | |
|-------------------------|---------------------------------|
| a) Erschließungsbeitrag | 51,21 Euro/m ² (WA1) |
| b) Erschließungsbeitrag | 51,21 Euro/m ² (WA2) |
| c) Erschließungsbeitrag | 42,68 Euro/m ² (WA3) |
| d) Erschließungsbeitrag | 42,68 Euro/m ² (WA4) |
| e) Erschließungsbeitrag | 51,21 Euro/m ² (WA5) |

Die ebenfalls im Verkaufspreis enthaltenen Abwasserbeiträge betragen entsprechend der Abwasserbeitragssatzung:

- | | |
|-------------------------|--------------------------------|
| a) Schmutzwasserbereich | 5,34 Euro/m ² (WA1) |
| b) Schmutzwasserbereich | 5,34 Euro/m ² (WA2) |
| c) Schmutzwasserbereich | 3,34 Euro/m ² (WA3) |
| d) Schmutzwasserbereich | 3,34 Euro/m ² (WA4) |
| e) Schmutzwasserbereich | 5,34 Euro/m ² (WA5) |

- | | |
|-----------------------|--------------------------------|
| a) Regenwasserbereich | 1,59 Euro/m ² (WA1) |
| b) Regenwasserbereich | 1,59 Euro/m ² (WA2) |
| c) Regenwasserbereich | 1,00 Euro/m ² (WA3) |
| d) Regenwasserbereich | 1,00 Euro/m ² (WA4) |
| e) Regenwasserbereich | 1,59 Euro/m ² (WA5) |

Die Kosten für die Hausanschlusschäfte sind im Gesamtpreis ebenfalls enthalten.

3. Auf der Grundlage der bestehenden Vergabebedingungen der Gemeinde Rastede wird den Interessenten für den Erwerb eines Grundstückes für den Bau eines Einfamilien- bzw. Doppelhauses in einer Quote von maximal 50 % der bestehenden Grundstücke die Wahlmöglichkeit eingeräumt, alternativ zum Kauf des Grundstückes ein Erbbaurecht hieran zu begründen, wobei der anfängliche Zinssatz 1,5 % beträgt. Eine erstmalige Erhöhung des Zinssatzes erfolgt frühestens nach 10 Jahren.

Die Vergabe eines Erbbaugrundstückes wird an folgende Voraussetzung geknüpft: Die durchschnittliche Summe der positiven Einkünfte der letzten drei Jahre vor Abschluss des Erbbaurechtsvertrages darf den Betrag von 100.000 Euro nicht übersteigen. Das Einkommen ergibt sich aus den Einkommenssteuerbescheiden der jeweiligen Jahre, die bei Antragstellung vorzulegen sind.

4. Die Vermarktung des Bauabschnitts V. wird 2026 aufgenommen. Im Bauabschnitt V. werden 18 Grundstücke für den Bau von Einzel- und Doppelhäusern (Anlage 1 – rot markierter Bereich) angeboten.
5. Die Vermarktung des Bauabschnitts VI. wird 2027 aufgenommen. Im Bauabschnitt VI. werden 14 Grundstücke für den Bau von Einzel- und Doppelhäusern und zunächst 2 Grundstücke für den Bau von Mehrfamilienhäusern (Anlage 1 – grün markierter Bereich) angeboten.
6. Im Übrigen bleiben die Vergabebedingungen unberührt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	5
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 21

Bundeszuschuss für investive Kulturmaßnahmen - Umsetzung Turnierplatz Vorlage: 2025/208

Sitzungsverlauf:

Frau Sager-Gertje weist darauf hin, dass bereits vor fünf Jahren der Rat einstimmig beschlossen hat, auf Grundlage eines Gutachtens mit denkmalpflegerischer Zielsetzung größere Bereiche des Schlossparks zu sanieren, jedoch es dafür seinerzeit keine Einigung mit der herzoglichen Verwaltung gab. Vor diesem Hintergrund hat die Verwaltung überlegt, welche anderen Verbesserungen unter Zugrundelegung des Bundeszuschusses auf den Flächen durchgeführt werden können, die im Eigentum der Gemeinde stehen, sodass es aus ihrer Sicht naheliegend und nachvollziehbar ist, den Turnierplatz ins Visier zu nehmen und nach Absprache mit den dortigen Veranstaltern dringend erforderliche Sanierungsmaßnahmen unter anderem im Tribünenbereich zu planen. Sie zeigt kein Verständnis dafür, dass die Maßnahme sowohl von der CDU als auch von Bündnis 90/Die Grünen mit der Begründung der angespannten Haushaltsslage abgelehnt wird, da es sich bei der Sanierung um eine investive Maßnahme handelt und diese den Ergebnishaushalt nur indirekt berührt.

Frau Fisbeck gibt zu verstehen, dass die FDP-Fraktion die Beantragung des Bundeszuschusses bereits in zwei Ausschüssen abgelehnt hat, da der Turnierplatz seinen historisch gewachsenen Charakter als Veranstaltungsfläche behalten muss, sodass die Bedingungen für die Fördermittel nicht akzeptiert werden können, die gravierende optische und funktionale Änderungen wie den Rückbau des markanten weißen Zauns und des Richterturms zum Inhalt haben. Dessen ungeachtet wäre eine Sanierung der Tribünen für rund 140.000 Euro deutlich günstiger als der gemeindeeigene Anteil von 260.000 Euro, der für das Gesamtprojekt trotz Förderung fällig geworden wäre.

Herr Kammer schließt sich den Ausführungen von Frau Fisbeck weitestgehend an, wobei er insbesondere noch einmal herausstellt, dass die CDU-Fraktion im Turnierplatz keinen „gestalterischen Fehler im englischen Landschaftsgarten“ sieht, der korrigiert werden muss.

Herr Hoffmann macht deutlich, dass es sich bei der förderfähigen Maßnahme nicht um eine einfache Sanierung der Tribünen handelt, sondern um kulturhistorische Maßnahmen unter den Gesichtspunkten des Denkmalschutzes, die ganz andere Anforderungen mit sich bringen, denen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht zustimmen will. Er betont ausdrücklich, dass sich die Fraktion nicht gegen eine Inwertsetzung der Tribünenbänke ausspricht, jedoch die notwendigen Arbeiten losgelöst von den restriktiven Vorgaben des Denkmalschutzes gesehen und letztendlich auch beraten werden sollten. Dessen ungeachtet kritisiert er die Argumentation der SPD zur Trennung von Ergebnis- und Investitionschaushalt, da es in jedem Fall um Geld der Steuerzahler geht, mit dem die Gemeinde angesichts zahlreicher anderer Herausforderungen sehr behutsam umgehen muss.

Herr Bakenhus signalisiert ebenfalls Ablehnung und kritisiert ergänzend die bereits angefallenen Planungskosten von rund 60.000 Euro, die das Vierfache der ursprünglich genannten Summe erreicht haben.

Herr Janßen weist darauf hin, dass für die Sanierung der Tribünenanlage mindestens ein sechsstelliger Betrag um die 150.000 Euro fällig wird und die Rechnung (ca. 60.000 Euro) über die bereits erfolgten Planungsleisten ebenfalls bezahlt werden muss, sodass allein hierfür rund 210.000 Euro zu veranschlagen sind. Vor diesem Hintergrund bewertet er den Unterschied zum anfallenden Eigenanteil von 260.000 Euro als eher gering, zumal noch weitere Maßnahmen zur Aufwertung des Areals mit dem Fördergeld realisiert werden können.

Herr Helms macht abschließend unter anderem darauf aufmerksam, dass alle Fraktionen die Sanierung der Tribünen unterstützen, jedoch die in der Präsentation dargestellte Variante mit der Entfernung der Pflasterung und der vorgesehenen Schotterung keine Aufwertung darstellt.

Beschluss:

Die Umsetzung der Variante 3 zur Wiederherstellung des Schlossparkareals im Bereich des Turnierplatzes wird beschlossen.

Die erforderlichen Haushaltsmittel werden für den Haushalt 2026 eingeplant.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	23
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 22

Kostenrechnende Einrichtung Wochenmarkt - Festsetzung Gebührensatz 2026
Vorlage: 2025/200

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

1. Der Gebührensatz für Marktstandgelder wird für 2026 auf 2,10 Euro pro angefangenen Meter Frontlänge festgesetzt.
2. Die 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Marktstandgeldern in der Gemeinde Rastede (siehe Anlage) wird mit Wirkung ab 01.01.2026 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 23

**Kostenrechnende Einrichtung Straßenreinigung - Festsetzung Gebührensatz
2026**

Vorlage: 2025/201

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Der Gebührensatz für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung wird für das Jahr 2026 auf 0,94 Euro je Quadratwurzeleinheit festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 24

Kostenrechnende Einrichtung Niederschlagswasserbeseitigung - Festsetzung

Gebührensatz 2026

Vorlage: 2025/202

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Der Gebührensatz für die öffentliche Einrichtung Niederschlagswasser wird für das Jahr 2026 auf 0,32 Euro je qm überbauter und befestigter Grundstücksfläche festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 25

Kostenrechnende Einrichtung zentrale Schmutzwasserbeseitigung -

Festsetzung Gebührensatz 2026

Vorlage: 2025/203

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Der Gebührensatz für die öffentliche Einrichtung zentrale Schmutzwasserbeseitigung wird für das Jahr 2026 auf 2,90 Euro je cbm Abwasser festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 26

Kostenrechnende Einrichtung dezentrale Schmutzwasserbeseitigung -

Festsetzung Gebührensätze 2026

Vorlage: 2025/204

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Die Gebührensätze für die öffentliche Einrichtung dezentrale Abwasserbeseitigung werden für das Jahr 2026 wie folgt festgesetzt:

- | | |
|--|-------------|
| a) bei Hauskläranlagen
je cbm angefallenen Abwassers/Fäkalschlamm | 123,00 Euro |
| b) bei abflusslosen Sammelgruben
je cbm angefallenen Abwassers/Fäkalschlamm | 104,00 Euro |

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 27

Öffentliche Einrichtungen Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung -

Gebührensätze 2026

Vorlage: 2025/205

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Die als Anlage beigelegte Satzung über die Festsetzung der Gebührensätze ab 2026 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 28

Satzung über die Erhebung einer Spielgerätesteuer
Vorlage: 2025/218

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

1. Für Geräte mit Gewinnmöglichkeit wird der Steuersatz bei der Spielgerätesteuer von 15 % auf 20 % angehoben.
2. Die als Anlage beigefügte „1. Satzung zur Änderung der Satzung der Gemeinde Rastede über die Erhebung einer Spielgerätesteuer für das entgeltliche Benutzen von Spiel-, Musik-, Geschicklichkeits- sowie Unterhaltungsgeräten und -automaten (Spielgerätesteuersatzung)“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	22
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	12
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 29

PC-Ausstattung für Ratsmitglieder - Antrag der FDP-Fraktion
Vorlage: 2025/199

Sitzungsverlauf:

Herr Kunze führt aus, dass er den Antrag der FDP-Fraktion ablehnt, da die Teilhabe an demokratischen Prozessen für alle gewählten Ratsmitglieder von Anfang an möglich sein muss, unabhängig von der privaten Ausstattung beziehungsweise finanziellen Situation.

Herr Helms gibt hinsichtlich seines Antrags zu verstehen, dass digitale Endgeräte im Jahr 2025/2026 zum Standard gehören und ein Zuschuss nicht mehr zeitgemäß ist, zumal angesichts des Sparzwangs im Haushalt der Rat auch bei sich selbst anfangen muss, Einsparungen vorzunehmen, um glaubwürdig zu bleiben.

Frau Brandt gibt zu bedenken, dass Sitzungsunterlagen oft über 400 Seiten umfassen, was eine professionelle Ausstattung erfordert. Im Übrigen könnte eine Streichung junge oder finanziell schwächere Menschen davon abhalten, sich für den Gemeinderat zu bewerben.

Herr Alexander von Essen (CDU) unterstützt den Antrag der FDP-Fraktion und betont die Signalwirkung in der Außendarstellung. Dessen ungeachtet hängt die Teilhabe an der Ratsarbeit auch nicht von einem Tablett oder einem Zuschuss ab, zumal die Verwaltung bei Härtefällen stets serviceorientiert und hilfsbereit agiert.

Herr Hoffmann gibt zu verstehen, dass aus Gründen des Datenschutzes sensible Ratsunterlagen nicht auf privaten „Familien-Laptops“ bearbeitet werden sollten, sodass separate Geräte erforderlich sind, um sachgerecht die Ratsarbeit ausführen zu können. Er plädierte dafür, neuen Ratsmitgliedern ab 2026 eine professionelle Ausstattung zu garantieren.

Herr Merten weist darauf hin, dass die tatsächlichen Kosten in der Vergangenheit relativ gering waren (ca. 1.400 Euro pro Jahr) und die Streichung den Haushalt nicht rettet, jedoch die Abschaffung der Zuschussregelung ein Zeichen des Verzichts aus der Mitte des Rates darstellt.

Beschluss:

Die „Zuschuss- und Entschädigungsrichtlinie für die Ratsmitglieder aufgrund der Nutzung des Ratsinformationssystems“ wird zum 31.10.2026 aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19

Nein-Stimmen: 15

Enthaltung:

Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 30

Haushalt 2026 - Moratorium Baumaßnahme Kiga Loy - Antrag Fraktion Bündnis

90/Die Grünen

Vorlage: 2025/223

Sitzungsverlauf:

Herr Hoffmann weist darauf hin, dass laut statistischem Jahrbuch die Bevölkerung in Loy und Barghorn seit 2017 geschrumpft ist, der letzte Bericht zur Anmeldesituation in den Kindertagesstätten aus dem Jahr 2022 stammt und keine aktuellen, kleinräumigen Daten vorliegen, die zeigen, wie sich die Belegungssituation in den Kindertagesstätten entwickelt, sodass Zweifel am Bedarf einer dritten Kindergartengruppe in Loy bestehen. Vor diesem Hintergrund fordert er, eine Unterbrechung des Projekts für zwei bis drei Monate, um eine fundierte Entscheidungsgrundlage für eine Investition in Höhe von rund 1,2 Mio. Euro zu schaffen.

Bürgermeister Krause legt noch einmal die aktuelle Sachlage dar, wobei er besonders darauf hinweist, dass in Loy derzeit bereits eine dritte Gruppe als Kleingruppe existiert, die nach aktueller Gesetzeslage so nicht mehr zulässig ist, sodass die Baumaßnahme primär dazu dient, die bestehenden Plätze abzusichern und die Kleingruppe in eine vollwertige Gruppe umzuwandeln. Ein Verzicht auf die Erweiterung würde bedeuten, dass die Kinder aus Loy in andere Ortsteile transportiert werden müssten, was der Logik einer wohnortnahmen Betreuung widerspricht. Dessen ungeachtet weist er die Kritik an fehlenden Informationen zurück, da zuletzt am 10. November im Ausschuss für Generationen, Gleichstellung und Soziales umfassend über die Belegungssituation berichtet wurde. In dieser Sitzung hat der zuständige Fachbereich deutlich herausgestellt, dass gemeindeweit nur noch 16 Plätze frei sind, was angesichts des gesetzlichen Betreuungsanspruchs kaum Spielraum lässt.

Herr Hoffmann beanstandet, dass die aktuellen Zahlen trotz eines ausreichenden Zeitfensters nicht im Haushaltsplan Berücksichtigung gefunden haben und eine detaillierte Aufschlüsselung der Belegungszahlen nach Einrichtungen nach wie vor fehlt.

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushaltsplan 2026 hinsichtlich eines „Moratoriums Baumaßnahme Kindergarten Loy“ wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	9
Enthaltung:	

Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 31

Haushalt 2026 - Haushaltssatzung und Haushaltsplan

Vorlage: 2025/157B

Sitzungsverlauf:

Bürgermeister Krause gibt einen kurzen Rückblick über die Haushaltsberatungen und bewertet die aktuelle Haushaltssituation mit Blick auf die kommenden Jahre aus Sicht der Verwaltung (Anlage 1 zur Niederschrift). Hieran schließen sich die Stellungnahmen von Herrn Alexander von Essen (Anlage 2) für die CDU-Fraktion, Frau Sager-Gertje für die SPD-Fraktion (Anlage 3), Herrn Helms für die FDP-Fraktion (Anlage 4), Herrn Bakenhus für die Gruppe UWG/Merten (Anlage 5) an.

Herr Hoffmann konstatiert für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass der Haushalt 2026 unter wenig „rosigen“ Rahmenbedingungen steht und es dem „Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung“ trotz mehrfacher Zusammenkünfte nicht gelungen ist, eine gute Basis für die Zukunft zu schaffen. Für die nächsten Jahre fordert er eine grundsätzlichere, präzisere Planung, damit die tatsächlichen Ergebnisse am Jahresende nicht so stark von den Ansätzen abweichen und keine unnötige „Luft“ in den Budgets erzeugt wird. Gleichwohl lobt er ausdrücklich die Zusammenarbeit mit der Verwaltung, insbesondere mit Herrn Dr. Meyn, der stellvertretend für den Kämmerer in einem zuletzt kurzen Zeitfenster einen konsensfähigen Iterationsschritt für den Rat vorbereitet hat. Dessen ungeachtet zeigt er sich erfreut darüber, dass grüne Kernforderungen wie

- die Sicherstellung einer nachhaltigen Finanzierung für den „Phase-Null-Prozess“ an der KGS für die Jahre 2026 bis 2028,
- die Aufstockung der Mittel für die neue Klimaschutzmanagerin beispielsweise zur Umsetzung von Aufgaben im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung und zur Initiierung des Fokuskonzepts Mobilität sowie
- eine künftig transparentere, engere und faktenbasierte Darstellung im Haushalt bei den Kindertagesstätten in anderer Trägerschaft

Berücksichtigung gefunden haben.

Bezüglich der Einnahmeseite bemerkt Herr Hoffmann, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beim Thema Steuererhöhungen nicht vollständig abgeneigt ist, jedoch eine klare Zweckbindung fordert, wobei deutlich wird, wofür die zusätzlichen Einnahmen verwendet werden sollen. Kritik äußert er an vorgenommenen Investitionsprioritäten und den fehlenden Mut des Rates, einmal getroffene Entscheidungen wie bei der Kindergartenweiterleitung in Loy zu hinterfragen, wenn sich die „Welt weitergedreht“ hat. Zudem bemängelte er, dass im Haushalt, abseits von Pflichtaufgaben wie Kitas und Schulen, „erschreckend wenig“ für die Jugend zu finden ist. Abschließend betont er eindringlich die Notwendigkeit des Diskurses und der Kompromissbereitschaft in den Ratsgremien, weshalb die Grünen dem Haushalt trotz einiger „Kröten“ zustimmen werden.

Herr Janßen erinnert daran, dass der Rat der Gemeinde Rastede in der Vergangenheit populäre Entscheidungen wie die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und die jährliche Bereitstellung von 500.000 Euro für die Ganztagsbetreuung an den Grundschulen getroffen hat, ohne die Einnahmeseite entsprechend anzupassen.

Zudem belastet die Erhöhung der Kreisumlage um 2,25 % den Gemeindehaushalt jährlich mit zusätzlichen Millionenbeträgen und die seit der letzten Steueranpassung 2017 um 24 Prozent gestiegene Inflation den Haushalt. Darüber hinaus kritisiert er den Vorschlag der FDP, die Zuschüsse für die Residenzort Rastede GmbH, um 250.000 Euro zu kürzen, scharf, da dies eine „völlige Zerschlagung“ der Gesellschaft bedeuten würde. Er betont, dass die SPD gemeinsam mit anderen Fraktionen zwar Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich abwenden konnte, jedoch die strukturellen Probleme nach wie vor vorhanden sind, sodass er die Weigerung von einigen Fraktionen, moderaten Steuererhöhungen zuzustimmen, nicht nachvollziehen kann. Vor dem Hintergrund der anstehenden Investitionen (Schulen, Feuerwehren) erklärt er, dass diese „Null-Strategie“ bei den Steuern keine verantwortungsvolle Strategie darstellt, sondern eher ein „Kopf-in-den-Sand-Stecken“ gleichkommt.

Beschluss:

1. Die Haushaltssatzung der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2026 gemäß Anlage 1 wird beschlossen.
2. Der Haushaltsplan 2026 mit seinen festgesetzten Haushaltsvolumen wird wie folgt beschlossen:

Ergebnishaushalt	
ordentliche Erträge	59.595.140 €
ordentliche Aufwendungen	61.795.610 €
außerordentliche Erträge	1.764.900 €
außerordentliche Aufwendungen	0 €

Finanzhaushalt	
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	55.761.310 €
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	55.622.510 €
Einzahlungen für Investitionstätigkeit	5.311.990 €
Auszahlungen für Investitionstätigkeit	15.909.700 €
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	10.597.710 €
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	636.400 €

3. Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2026 wird beschlossen.
4. Das Investitionsprogramm zum Haushaltsjahr 2026 wird beschlossen.
5. Die Finanzplanung für die Jahre 2027 bis 2029 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Niederschrift

Ja-Stimmen:	24
Nein-Stimmen:	9
Enthaltung:	1
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 32

Bericht des Bürgermeisters

Bürgermeister Krause berichtet über die gewerbliche Entwicklung in der Gemeinde Rastede sowie über die Freibadsaison 2025. Der Bericht ist der Niederschrift als Anlage 6 beigefügt.

Tagesordnungspunkt 33

Anfragen und Hinweise

Ausschuss für Generationen, Gleichstellung und Soziales

Herr Rump gibt zu verstehen, dass aus seiner Sicht ausreichend Themen für die Sitzung des Ausschusses für Generationen, Gleichstellung und Soziales am 02.09.2025 vorhanden waren und eine Absage des Ausschusses nicht gerechtfertigt war. Er beanstandet, dass er auf eine von ihm verfasste E-Mail mit der Kritik am Vorgehen und der Darstellung der zu beratenden, möglichen Themen (u. a. Diskrepanzen bei den Kindergarten-Zahlen, Unterbringung von Geflüchteten, Antrag Skate- und Calisthenics-Park) bis heute keine Antwort erhalten hat.

Bürgermeister Krause führt aus, dass bis zur Ladungsfrist des Ausschusses keine entscheidungsreifen Vorlagen zur Verfügung standen, sodass die Absage der Sitzung folgerichtig war und dem zwischen Rat und Verwaltung vereinbarten Vorgehen im Zusammenhang mit der Erstellung des Rahmenterminplans für das jeweilige Kalenderjahr entsprach. Dessen ungeachtet macht er deutlich, dass die Thematik „Unterbringung von Geflüchteten“ in der nächsten Sitzung des Fachausschusses erörtert werden kann und Zahlen zur Belegung der Kindertagesstätten im jüngsten Fachausschuss am 10. November dargestellt wurden. Bezüglich des Skate-Parks bleibt die Verwaltung bei der Aussage, dass trotz Suche bisher kein Standort gefunden wurde.

Herr Rump zeigt sich mit der Antwort nicht zufrieden und beanstandet, dass in der Sitzung am 10. November zwar der Belegungstand über alle Kindertagesstätten hinweg vorgestellt wurde, jedoch eine detaillierte Aufschlüsselung nach Einrichtungen nach wie vor fehlt. Im Übrigen wäre es wünschenswert, wenn eine öffentliche Vorstellung der für einen Skate- und Calisthenics-Park untersuchten Flächen erfolgen würde.

Antrag Lichtverschmutzung

Auf Nachfrage von Herrn Bakenhus erläutert Bürgermeister Krause, dass der Antrag der UWG-Fraktion zum Thema „Lichtverschmutzung“ vorliegt und zur Beratung vorbereitet wird. Er weist darauf hin, dass es nicht immer gelingt, aufgrund von

Niederschrift

Mehrarbeit oder Personalausfällen in den jeweiligen Fachbereichen alle Anträge zeitnah zu bearbeiten.

Tagesordnungspunkt 34

Einwohnerfragestunde

Der Ratsvorsitzende Herr Bohmann weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an den Bürgermeister zu richten. Es folgen zwei Anfragen eines Einwohners, die vom Bürgermeister beantwortet werden. Folgende Anliegen werden inhaltlich thematisiert:

- Kauf der OLB-Immobilie an der Oldenburger Straße 259
- Neuer, denkbarer Standort für die Residenzort Rastede GmbH

Tagesordnungspunkt 35

Schließung der Sitzung

Der Ratsvorsitzende Herr Bohmann schließt die öffentliche Sitzung des Rates um 20:35 Uhr.